

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franziska Brychcy (LINKE)

vom 20. März 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. März 2023)

zum Thema:

Fehlende Schulplätze zum Schuljahr 2023/24

und **Antwort** vom 03. April 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. April 2023)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Franziska Brychcy (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/ 15104
vom 20. März 2023
über Fehlende Schulplätze zum Schuljahr 2023/24

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie schätzt der Senat ausgehend von den bisherigen Anmeldungen an Grund- und weiterführenden Schulen die Versorgung mit Schulplätzen zum kommenden Schuljahr ein?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche bleiben nach aktuellem Stand unversorgt bzw. für wie viele rechnerisch notwendige Klassen stehen nicht ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung?
3. Welche Bezirke und Jahrgangsstufen sind voraussichtlich besonders stark betroffen? (bitte aufschlüsseln nach Bezirk, Jahrgangsstufe und Schulform)

Zu 1., 2. und 3.: Das Aufnahmeverfahren in die Primarstufe und das Übergangsverfahren von der Primar- in die Sekundarstufe I zum Schuljahr 2023/2024 sind noch nicht abgeschlossen. Allen Schülerinnen und Schülern wird ein Schulplatz zur Verfügung gestellt werden.

4. Welche kurzfristigen Maßnahmen plant der Senat dagegen zu ergreifen? Wie wird er die Bezirke unterstützen?

Zu 4.: Der Senat hat hierzu mit allen Bezirken Gespräche geführt, um die Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit einem Schulplatz sicherzustellen.

Durch die turnusmäßig stattfindenden Monitoring-Gespräche mit allen Bezirken sowie den jährlichen Ausgleichskonferenzen im Rahmen des Übergangsverfahrens von der Primar-

in die Sekundarstufe I stehen der Senat und die Berliner Bezirke kontinuierlich im Austausch.

Die Bezirke sind zur kurzfristigen Sicherstellung der Schulplatzversorgung angehalten, alle zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten kritisch zu betrachten, um diese nach Möglichkeit für die schulische Nutzung herzurichten.

Im Rahmen der gesamtstädtischen Planung und Steuerung werden überbezirkliche Planungskonferenzen für den Schulneubau etabliert.
Weitere Programme zur Schulbaufinanzierung sollen erarbeitet und aufgelegt werden.

Berlin, den 3. April 2023

In Vertretung
Alexander Slotty
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie